



Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause hat der Bundesrat gestern über zahlreiche Gesetze aus dem Bundestag beraten. Unter anderem ging es um das Thema Fachkräfteeinwanderung, um eine bessere Arzneimittelversorgung und um neue Tierhaltungskennzeichen. Ministerpräsident Boris Rhein hat die gestrige Sitzung dazu genutzt, die wichtige Rolle der Länder im Gesetzgebungsverfahren zu betonen. Das Bundesverfassungsgericht hatte zuvor die Beratungen zum Heizungsgesetz im Deutschen Bundestag gestoppt. Auch der Bundesrat müsse immer mehr Gesetzesvorlagen in verkürzten Verfahren beraten, kritisierte der Ministerpräsident und verlangte die Rückkehr zu einem respektvollen Umgang miteinander.

Am Mittwochabend fand zudem das traditionelle Hessenfest in der Landesvertretung statt. Mit etwa 2.000 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist das Hessenfest eine der wichtigsten Netzwerkveranstaltungen im der Bundeshauptstadt. Als prominenteste Gäste der Bundesebene nahmen zum Beispiel Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, der Parteivorsitzende der CDU und Oppositionsführer im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, sowie der Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Omid Nouripour, teil.

Ihre

Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 7. Juli 2023



© Bundesrat | Florian Gaertner

Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom Mittwoch, der parlamentarischen Beratung über das Gebäudeenergiegesetz im Deutschen Bundestag mehr Zeit einzuräumen, hat der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein das Wort im Bundesrat ergriffen. Mit der Entscheidung habe das Bundesverfassungsgericht insbesondere das Recht der Parlamentarier auf angemessene Beratung in den Blick genommen. Rhein betonte, dass dieses Recht nicht nur dem Deutschen Bundestag, sondern auch dem Bundesrat zustehe. Fristverkürzungen dürften nicht zum Regelfall werden, weil es notwendige öffentliche Debatten verhindere und der Qualität der Gesetze schade. Er plädierte dafür, dass die Verfassungsorgane zu einem respektvollen Umgang miteinander zurückkehren.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Florian Gaertner

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages

Gesetz zur Kennzeichnung von Lebensmitteln mit der Haltungsform der Tiere, von denen die Lebensmittel gewonnen wurden (Tierhaltungskennzeichnungsgesetz - TierHaltKennzG)

Der Bundesrat ließ gestern das Gesetz für eine staatliche, verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung passieren. „Lange wurde um eine verpflichtende staatliche Tierhaltungskennzeichnung in Deutschland gerungen – jetzt geht es endlich voran!“ erklärte Landwirtschaftsministerin Priska Hinz im Bundesratsplenum. „Die in dem Gesetz vorgesehene verbindliche Haltungskennzeichnung führt nicht nur zu mehr Transparenz, sondern läutet auch den grundsätzlichen Umbau der Tierhaltung ein. Verbraucherinnen und Verbraucher möchten mehr Tierwohl und erhalten jetzt eine Orientierung beim Einkauf“, ergänzte Ministerin Hinz. Das Gesetz soll zunächst nur für frisches, unverarbeitetes Schweinefleisch gelten. Vorgesehen ist ein Modell mit fünf Haltungskategorien während der Mast: Stall, Stall und Platz, Frischluftstall, Auslauf/Freiland sowie Bio. Beispielsweise stehen Schweinen in der Kategorie „Stall und Platz“ mindestens 20 Prozent mehr Platz im Vergleich zu den gesetzlichen Mindeststandards zur Verfügung.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Florian Gaertner

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften

Das Gesetz hat das Ziel, bereits zum 1. Dezember 2023 einen CO₂-Aufschlag in Höhe von 200 Euro pro Tonne CO₂ einzuführen. Damit soll ein stärkerer Anreiz für die Branche entstehen, um klimafreundliche Fahrzeuge einzusetzen. Die rund 30 Milliarden Euro zusätzlichen Mauteinnahmen bis 2027 sollen weitgehend in die Schiene investiert werden. Außerdem wird die Lkw-Maut ab Mitte nächsten Jahres auf Fahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen technisch zulässige Gesamtmasse ausgeweitet.

Der Bundesrat hat gestern zum Gesetzentwurf eine Stellungnahme verabschiedet. U. a. bitten die Länder die Bundesregierung, so wie im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien festgehalten, dass die für den Bahnverkehr festgeschriebene Freistellung von der Lkw-Maut im Zu- und Ablauf von maximal 50 Kilometer zügig umgesetzt wird. Der Verkehrsträger Schiene ist überproportional bei der Kostenverteilung im Vergleich mit dem Straßengüterverkehr überbelastet. Daher werde dringend eine Entlastung benötigt. Der Hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir bekräftigte im Bundesratsplenum, wie wichtig Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur sind.

>>> [zum Video](#)

Die Hessische Landesvertretung - ein Treffpunkt in Berlin

HESSENFEST 2023

5. Juli 2023



© Staatskanzlei | Henning Schacht

Ministerpräsident Boris Rhein und Staatsministerin Lucia Puttrich, die Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund, waren wieder die Gastgeber des traditionellen Hessenfests in der Hessischen Landesvertretung Berlin. Über 2.000 Gäste besuchten das Fest. Mit dabei waren Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir sowie zahlreiche Bundestags- und Landtagsabgeordnete. Der Abend-Empfang bietet den Gästen jedes Jahr die Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen.



© Staatskanzlei | Henning Schacht

>>> [zur Fotogalerie](#)

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 29. September 2023 erneut zusammentreten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 4. bis 8. September statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 3., 4., 5. v.l.), ©Bundesrat | Sascha Radke (2.v.l.)

Hessische Landesvertretung

In den Ministergärten 5
10117 Berlin